

Exercise: parse all verbs for tense, person, number, mood

Kassensturz in der roten Firma

Kann eine Partei pleitegehen? Schwebt die SPD in Insolvenzgefahr? Darüber kann SPD-Schatzmeisterin Barbara Hendricks in ihrem Büro im fünften Stock des Berliner Willy-Brandt-Hauses noch lachen. Doch ein bisschen gequält wirkt das Lachen schon. Bei allem Bemühen der ehemaligen Finanzstaatssekretärin, die seit 2007 für die Finanzen der Sozialdemokraten verantwortlich ist, Optimismus zu verbreiten: Die Lage der SPD-Finanzen ist nach der verheerenden Niederlage bei der Bundestagswahl ernster denn je. Die Partei muss sparen.

Auf ihrem Parteitag in Dresden haben die gut 500 Delegierten deswegen an diesem Wochenende den Weg frei gemacht für den Umbau: Vorbei sind die Zeiten, in denen in jedem Kreis mindestens ein hauptamtlicher Parteisekretär die Arbeit der SPD koordinierte. "Aufgabe wird es sein, unsere Strukturen schlanker zu machen", kündigt Hendricks an. Effizienter will man werden. Was Manager in der Krise halt so sagen.

Wie ein Unternehmen, das für seine Waren keinen Absatz mehr findet, muss die Firma SPD einen Weg finden, Kosten zu senken - und gleichzeitig für mehr Wähler wieder attraktiv zu werden. Schatzmeisterin Hendricks war schon am Wahlabend klar, dass die Niederlage, die der SPD gerade einmal 23 Prozent der Stimmen bescherte, Konsequenzen haben muss. Gleich am nächsten Morgen ließ sie ausrechnen, wie viel in der SPD-Kasse von 2010 an staatlicher Parteienfinanzierung fehlen werden. Wie viel Geld eine Partei aus der Staatskasse bekommt, hängt maßgeblich von der Zahl der Stimmen ab, die diese Partei erhält. Und die sinkt bei der SPD seit Jahren rapide (siehe Grafik).

43,5 Millionen Euro bekam die SPD in diesem Jahr noch vom Staat. In den nächsten Jahren werden es gut 3,5 Millionen Euro weniger sein. 2,5 Millionen fehlen dann Jahr für Jahr in Hendricks' Kasse, eine Million in den Kassen der Landes- und Bezirksverbände.

Unangenehme Wahrheiten verkündet die Schatzmeisterin lieber schnell. Schon am Dienstag nach der Wahl berief sie eine Betriebsversammlung ein. Der Jahresetat der Bundes-SPD müsse von 40 Millionen um 2,5 Millionen Euro schrumpfen, teilte sie den schweigenden Mitarbeitern mit. "Damit kann man umgehen", sagte sie, um die gedrückte Stimmung im Willy-Brandt-Haus etwas zu beruhigen. "Ich will dies möglichst bei den Betriebskosten einsparen."